

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

A 199/2010 (DBK)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp: Gleichbehandlung der Schulträger bei der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung (15.12.2010)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schulgelder der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung so auszugestalten, dass den Gemeinden unabhängig vom Schulort dieselben Kosten für dieselbe Ausbildung entstehen.

Begründung (15.12.2010): schriftlich.

Schülerinnen und Schüler der zukünftigen Sek P generieren für ihre Gemeinden je nach Schulort unterschiedliche Kosten. Grund dafür ist die unterschiedliche Behandlung der Schulorte:

- Besuchen die Schülerinnen und Schüler einer Gemeinde den mittelschulvorbereitenden Unterricht (Progym) an einer der Kantonsschulen in Olten oder Solothurn, wird heute den Gemeinden der Schulgeldbeitrag gemäss Regionalem Schulabkommen verrechnet (aktuell CHF 14'100). Das gesamte Schulgeld ist beitragsberechtigt gemäss Klassifikation der Einwohnergemeinden. Als Beispiel die Gemeinde Balsthal (Klassifikation 2011: 59%): Nettokosten pro Schülerin/Schüler und Jahr CHF 5'780.
- Besuchen die Schülerinnen und Schüler den Unterricht in der Region, werden ihnen von der Kreisschule die effektiven Gesamtkosten in Rechnung gestellt (gemäss Budget 2011: CHF 15'700). Von diesem Betrag sind gemäss aktueller Praxis des AVK lediglich die Besoldungskosten von rund CHF 9'000 beitragsberechtigt. Für Balsthal betragen damit die Nettokosten pro Schülerin/Schüler und Jahr heute rund CHF 10'420.

Diese Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulträger ist stossend und wurde auch bereits mit einem breit unterstützten Veto gegen eine Änderung der „Verordnung über Gemeindebeiträge an die Kosten der progymnasialen und gymnasialen Ausbildung während der obligatorischen Schulzeit“ angefochten. Das Veto wurde aus grundsätzlichen Überlegungen zum Instrument des Verordnungsvetos abgelehnt. Der vorliegende Auftrag soll nun – als formaljuristisch korrektes Instrument – diese Ungleichbehandlung beseitigen.

Unterschriften: 1. Roland Heim, 2. Stefan Müller, 3. Willy Hafner, Roland Fürst, Annelies Peduzzi, Barbara Streit-Kofmel, Martin Rötheli, Susanne Koch Hauser, Daniel Mackuth, Hans Ruedi Hänggi, Sandra Kolly, Peter Brotschi, Rolf Späti, Susan von Sury-Thomas, Urs Schläfli, Silvia Meister, Georg Nussbaumer, Markus Knellwolf, Markus Flury. (19)